

Bundestag billigt Erbschaftsteuerreform

28 Unions-Abgeordnete stimmen gegen den Entwurf / Steinbrück: Historisches Privileg

mas. BERLIN, 27. November. Der Bundestag hat die Erbschaftsteuerreform beschlossen. 384 Abgeordnete stimmten der Neuregelung zu, 168 votierten dagegen, drei enthielten sich. Nach langen Diskussionen in der großen Koalition und innerhalb der Union war der Kabinettsentwurf umfangreich geändert worden. Am Donnerstag stimmte die Opposition geschlossen dagegen; von der SPD lehnte nur der frühere Bundesinnenminister Schily den Entwurf ab. Aus der Union stimmten 28 Abgeordnete gegen die Reform, unter ihnen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bosbach, der Berichterstatter der Fraktion, Freiherr von Stetten, und der Abgeordnete Merz.

Noch mehr Mitglieder der Unionsfraktion unterstützten den - von der Mehrheit abgelehnten - Initiativantrag der FDP, den Ländern mehr Kompetenzen für die

Ausgestaltung der Steuer zu geben. 45 Abgeordnete von CDU und CSU stimmten dafür. Der Ertrag der Erbschaftsteuer steht den Ländern zu. Union und SPD hatten verabredet, das Aufkommen von vier Milliarden Euro zu halten. Am 5. Dezember wird der Bundesrat über das Gesetz beraten.

Die Reform zielt darauf ab, Häuser, Grundstücke und Betriebe realistischer zu bewerten, wie es das Bundesverfassungsgericht verlangt hat. Zum Ausgleich für die höheren Vermögenswerte werden die Freibeträge für die engsten Familienangehörigen erhöht. Unternehmenserben erhalten einen hohen Steuerrabatt, wenn sie den Betrieb fortführen. Bisher wurden etwa sieben Prozent der Erbschaften besteuert. Das Bundesfinanzministerium erwartet, das es künftig halb so viele sein werden.

Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) sagte, mit den Regelungen für den Übergang von Betrieben werde der Mittelstand gefördert. Ein solches Erbschaftsteuerprivileg habe es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Anders als von Kritikern behauptet, werde an dem neuen Recht niemand „pleitegehen“. Außerdem hob er hervor, dass die Reform mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen schaffe, indem die engste Familie klare Vorteile erhalte. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Seehofer sagte in München: „Es hat sich gelohnt, dass die CSU sich quergelegt und hart verhandelt hat, denn damit haben wir wichtige Verbesserungen für Familien und mittelständische Betriebe erreicht.“ Die Erbschaftsteuer bleibe auf der Tagesordnung. *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2.)*